

BIETIGHEIMER ZEITUNG

Montag, 21. September 2009

Regierungspräsident als Sündenbock

Rund 500 Bürger demonstrieren in Ludwigsburg für Lärmschutz an der Autobahn

Seit Jahren fordern Autobahn-anlieger der A 81 Lärmschutzmaßnahmen. Vergebens. Weil bisher nichts geschah und auch bei der geplanten Erweiterung keine Maßnahmen vorgesehen sind, wurde jetzt demonstriert.

Ludwigsburg. Aufgerufen hatte zu dieser Protestkundgebung die „Aktionsgemeinschaft zur Reduzierung der Lärmbelastung durch die A 81“ (AG-A81), der Kommunalpolitiker aus Asperg, Freiberg, Ludwigsburg und Möglingen angehören. Gekommen sind statt der erwarteten 3000 allerdings nur rund 500 Bürger. Was ihr Sprecher Roland Glasbrenner, FW-Stadtrat in Ludwigsburg, zwar sehr bedauerte, aber weder ihn noch seine Mitstreiter mutlos machte. Denn sie hatten immerhin erreicht, dass sich kurz vor der Wahl Politiker aller Couleure am Gaskessel neben der Autobahn einfanden, um Solidaritätsadressen abzugeben und den Marsch zu der über die Mittagsstunden von der Polizei gesperrten Autobahnauffahrt Ludwigsburg-Süd mitzumachen.

Erklärter Sündenbock für die Aktionsgemeinschaft ist das Regierungspräsidium Stuttgart, das nach ihrer Meinung nicht nur seit Jahren eine Gesundheitsgefährdung durch die Lärmbelastung von durchschnittlich 55 bis 65 Dezibel ignoriert, sondern es auch strikt ablehnt, bei der geplanten Nutzung auch der Standspur als Fahrstreifen auf dem Teilstück der A 81 zwischen Zuffenhausen und Pleidelsheim endlich für Lärmschutz zu sorgen. Die fadenscheinige Begründung: Die Erweiterung sei keine Dauerlösung, sondern nur vorübergehend und deshalb gebe es keinen Rechtsanspruch auf Lärmschutz.

„Das ist vorsätzliche Körperverletzung“, rief Glasbrenner und er forderte deshalb die Versammlung



Rund 500 Menschen demonstrieren gestern für die Eindämmung des Autobahnlärms in Ludwigsburg. Am Mikrophon Roland Glasbrenner, Ludwigsburger Gemeinderat und Sprecher der Aktionsgemeinschaft zur Lärmreduzierung. Foto: Martin Kalb

zum „bürgerlichen Ungehorsam“ auf. Unterstützt wurde er darin von der Politikergilde. Der Landtagsabgeordnete Jürgen Walter (Grüne) forderte den Regierungspräsidenten und den dafür zuständigen Innenminister auf, sich die prekäre Situation der Anlieger vor Ort persönlich anzuschauen und verwies auf das Vorgehen an der A 81 bei Böblingen/Sindelfingen: „Wenn dort eine Überdeckung möglich ist, dann muss dieses Recht für alle gelten.“

Auch sein CDU-Kollege Klaus Herrmann bezeichnete das Anliegen der Aktionsgemeinschaft als „gerechtfertigt“ und versprach, dass Innenminister Heribert Rech deshalb nach Ludwigsburg kommen werde.

Neben dem Ingersheimer Bun-

destagsabgeordneten Harald Leibrecht (FDP) waren auch die Bundestagskandidaten fast aller Parteien aus dem Wahlkreis Ludwigsburg ge-

Initiative plant weitere Aktionen

kommen. Jan Mönikes (SPD) sprach von einer „Verarsche“ des Regierungspräsidiums und vertrat die Auffassung, dass Lärmschutz an die Autobahn gehöre, wenn Grenzwerte überschritten werden. Steffen Bilger (CDU) hält es zwar für notwendig und sinnvoll, die A 81 zu erweitern („Denn wir sind eine Wachstumsregion“), doch ohne Lärm-

schutz gehe das nicht. Hingegen beklagte Alexander Schopf (FDP) vor allem, dass der Südwesten unter Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) bei der Mittelverteilung zum Autobahnausbau stets zu kurz gekommen sei. „Die Politik hinkt den Problemen stets hinterher“, meinte Hans-Jürgen Kemmerle (Die Linke) und warnte die Anwesenden: „Verlassen Sie sich nicht auf politische Versprechungen.“

„Für dieses Thema brauchen wir einen sehr langen Atem“, wusste Landespolitiker Walter. Weshalb die Veranstalter auch sogleich weitere Aktionen ankündigten. „Bringen Sie dazu noch mehr Nachbarn und Freunde mit“, ermunterte Sprecher Roland Glasbrenner die Anwesenden. Günther Jungnickl